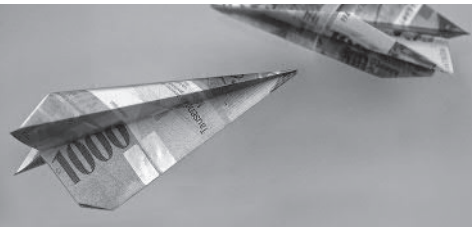


UNTERNEHMENSSTEUERREFORM (USR III) IST STAATSFINDLICH

Schluss mit em Stüürbschiss

LILIANE GOLDBERGER

Überall empören sich Bürger/innen über unsoziale und unsinnige Sparmassnahmen (Schiffsfünfliber, Schliessung Ludothek, Abbau Schulsozialarbeit usw.). Viele von ihnen hatten bei den letzten Wahlen wohl nicht bedacht, was Parteien wollen, die «tiefere Steuern» versprechen. Am 12. Februar 2017 droht schon wieder die Abrissbirne.



Wie die letzte Unternehmenssteuerreform bringt die Vorlage zur USR III massive Steuerentlastungen zugunsten von Unternehmen und Aktionären. Man hofft, mit Steuersenkungen für «die Wirtschaft» den Wegzug von Holdings und ähnlich «mobilen» Unternehmen zu verhindern, wenn die Schweiz deren Steuerprivilegien abschaffen muss. Aber weil sie einzelne Unternehmenskategorien nicht diskriminieren darf und somit alle Unternehmen entlastet, drohen enorme Steuerausfälle.

WAS KOSTET UNS DAS? Wie die USR II 2008 enthält die USR III viele Instrumente, welche die schädliche Steuerkonkurrenz anheizen werden und sich noch nicht genau beziffern lassen. Daher behauptet die Abstimmungsbroschüre Ausfälle von 1,1 Mrd. Franken (bei Bund und Kantonen), während die eidgenössische Steuerverwaltung mit total rund 3 Mrd. rechnet, die primär Städte und Gemeinden treffen. Der Kanton Zürich rechnet mit Löchern von rund 300 Mio. Franken in seiner Kasse und von rund 400 Mio. bei den Gemeinden. Selbst in Wädenswil, wo die Unternehmenssteuer «nur» 7 Prozent der Steuereinnahmen ausmacht, wird ein Einnahmemausfall von 2,67 Mio. prognostiziert, was 5 Steuerprozenten entspricht.

UND WER BEZAHLT? Zum Teil müssen die Räte Löcher in der Kasse ausgleichen («Schul-

denbremse»). Nur erhöhen Bürgerliche nie die Einnahmen, sondern sie kürzen die Ausgaben. So haben im Dezember nicht nur Regierung und Kantonsrat, sondern auch unser Gemeindeparlament mit seiner bürgerlichen Mehrheit gezeigt, wie sie sich den Budgetausgleich vorstellen: Steuererhöhungen sind pfui, lieber streicht man alle nicht gesetzlich vorgeschriebenen Ausgaben und baut so jene Leistungen ab, welche eine Gemeinde attraktiv machen und auch materiell nicht so Gesegneten das Leben in unserer teuren Region erleichtern (siehe Seite 2).

SÄG NEI! So würde es auch mit den Ausfällen durch die USR III laufen. Und müssen diese Ausfälle am Ende doch mit Steuerfuss- und Gebührenerhöhungen kompensiert werden, dann trifft es Privatpersonen und Selbständigerwerbende, während Aktionäre, Verwaltungsräte und Unternehmen verschont bleiben. Ausser wir Stimmberechtigten verhindern das!

Nur dank dem rot-grünen Referendum können wir demnächst über die USR III abstimmen. Und nur wenn wir diese Vorlage ablehnen, werden bei einer Neuauflage die masslosen Begünstigungen für Konzerne und Grossaktionäre beseitigt und die Anliegen der Bevölkerung berücksichtigt. ■

USR III kostet
Wädenswil
2,67 Mio. Franken

12.02.2017 Abstimmen

JA ZUR DRITTEN GENERATION

Jugendliche der «dritten Generation» sollen die Möglichkeit bekommen, sich in einem erleichterten Verfahren einbürgern zu lassen. Dieser Schritt ist längst überfällig, stärkt unsere Demokratie und ist ein wichtiges Zeichen für die Betroffenen, die hier geboren und zuhause sind.

JA
ZUR ERLEICHTERTEN
EINBÜRGERUNG DER
DRITTEN GENERATION.

NEIN ZUM STRASSENFOND NAF

Die bürgerliche Mehrheit im Parlament hat aus einem ausgewogenen Verkehrsfonds ein einseitiges Strassenbauprogramm gemacht. Eines, das die Allgemeinheit pro Jahr 600 bis 700 Millionen Franken kostet. Trotz punktuellen Verbesserungen überwiegen die finanziellen und verkehrspolitischen Nachteile. Wenn es um den Strassenbau geht, vergessen die Bürgerlichen plötzlich das Sparen!

Alle Parolen auf Seite 3

Kürzen, Streichen, Abbauen

CHRISTIAN GROSS, GEMEINDERAT SP

Auch die diesjährige Budgetdebatte war wieder ein Trauerspiel. Der Gemeinderat strich diverse Budgetposten zusammen – und vergrösserte trotzdem das Defizit, weil er die notwendige Steuererhöhung ablehnte.



Bereits der vom Stadtrat erstellte Voranschlag war voller Kürzungen: Die kostenlose Rechtsberatung und die Freiwilligen Sportkurse sollten komplett gestrichen werden, massive Kürzungen bei der Gymivorbereitung, beim Schwimmunterricht und bei den öffentlichen Grünanlagen waren geplant.

Der Gemeinderat übernahm diese Punkte fast ausnahmslos, nur die Streichung der Schwimmlektionen wurde rückgängig gemacht. Gleichzeitig wurden weitere massive Kürzungen durchgedrückt: Bei der Schulsozialarbeit und bei der Begabungsförderung wurden je 200'000 Franken gestrichen.

Dabei wurde mit fast grenzenloser Naivität argumentiert. Entlassungen seien keine nötig, um die Kürzungen bei der Schulsozialarbeit durchzuführen, hiess es zum Beispiel. Da fragt man sich doch gleich: Wie sonst soll die Kürzung eines Besoldungskontos um 50 Prozent umgesetzt werden? Eine Antwort gab es an der Ratssitzung nicht. Ebenso verwirrend war die Aussage, die Eltern könnten ja die abgebauten Leistungen der Schule ausgleichen. Sicher funktioniert dies in einigen Familien, doch was ist mit allen anderen?

ZWANZIG JAHRE STEUERSENKUNGEN Doch die Kürzungen sollten nicht isoliert betrachtet werden. Sie sind die unausweichliche Konsequenz der Politik der letzten Jahre. Vor zwanzig Jahren begannen in Wädenswil die Steuerensenkungen. Im Schnitt wurde der Steu-

erfuss seither um 1 Prozent pro Jahr gesenkt, eine Erhöhung gab es dieses Jahr zum ersten Mal – sie wurde aber durch die gleichzeitige Senkung des Steuerfusses der OSW kompensiert. Dazu kamen noch diverse Steuerensenkungen auf Ebene Kanton und Bund.

Die daraus entstehenden Löcher in den Kassen wurden auf alle möglichen Arten gestopft – oder zumindest wurde dies versucht, gereicht hat es nicht. Zum Beispiel wurden Gelder aus

«An allen Ecken und Enden wurde gestrichen.»

den Gasgebühren in den steuerfinanzierten Bereich umgelenkt. Noch stossender ist der Umgang mit dem Liquidationsertrag der Stiftung «Pro Wädenswil»: Dieses Geld hätte per Volksentscheid für günstigen Wohnraum eingesetzt werden müssen. Der Stadtrat liess es jedoch in der laufenden Rechnung verschwinden – ein Projekt für bezahlbaren Wohnraum hat er bis heute nicht vorgelegt.

MODERATE STEUERERHÖHUNG ABGELEHNT Nachdem dies alles nichts geholfen hat, blieben nur zwei Möglichkeiten: Kürzungen oder eine Erhöhung des Steuerfusses. Lange sperrte sich der Stadtrat gegen höhere Steuern. Stattdessen wurde bei der Entwicklungshilfe, beim Strassenunterhalt, bei den Lehrmitteln und auch sonst an allen Ecken und Enden ge-

strichen. Investitionen wurden hinausgezögert. Nachdem auch dies nicht gereicht hat, wurden endlich die ideologischen Scheuklappen abgelegt und eine moderate Steuererhöhung beantragt.

Doch die Scheuklappen wurden an FDP, SVP und GLP-GemeinderätInnen weitergegeben. Diese verkündeten bereits zu Beginn des letzten Jahres, sich gegen eine Rückgängigmachung der Steuerensenkungen zu wehren – bevor irgendwelche Zahlen zum Budget 2017 bekannt waren. Offensichtlich sind Fakten nicht nötig, um eine Meinung zu haben.

WÄDENSWIL HÄUFT SCHULDEN AN Das Scheitern der Steuerensenkungsstrategie wird von der Bürgerlichen Ratshälfte nicht wahrgenommen. Es brauche mehr Zeit. Irgendwann kämen die guten Steuerzahlenden, auf die man seit Jahrzehnten hofft, dann schon. Doch warum sollte sich jetzt plötzlich etwas ändern? Kann «mehr desselben» die Antwort auf ein Problem sein?

So hinterlässt die diesjährige Budgetdebatte ein schlechtes Gefühl. Wädenswil hatte vor einigen Jahren noch volle Kassen, jetzt werden Schulden angehäuft. Notwendige Investitionen können kaum mehr aus eigenen Mitteln getragen werden. Die Politik der letzten Jahrzehnte, die die Kasse der Stadt geleert hat, wird trotzdem weitergeführt. Es bleibt nur, auf die Zukunft zu hoffen und den Schaden zu begrenzen. ■

DAS SPIEL IST AUS

Weggespart

URS KELLER, SOI-REDAKTION

Mit der Ludothek wurde ein weiteres wertvolles Wädenswiler Angebot als Sparübung ausradiert.



Seit anfangs Jahr existiert die Ludothek nicht mehr. Mitte November erhielt die beliebte, seit 1981 bestehende Institution einen von Stadtpräsident Philipp Kutter (CVP) und Stadtrat Johannes Zollinger (EVP) unterzeichneten Brief mit der Kündigung ihrer Räumlichkeiten per Ende 2016. Das bedeutete das Ende eines weiteren Angebots für sozial Schwächere, weil die bisher von der Stadt bezahlten Mietkosten von 1500 Franken pro Monat und der im neuen Budget gestrichene Unterstützungsbetrag von jährlich 10'000 Franken von der Ludothek nicht selbst aufgebracht werden können.

STADTRAT DROHTE MIT MASSIVER STEUER-ERHÖHUNG Mit einer Steuererhöhung von 10 bis 12 Prozent drohte der Stadtrat im Vorfeld der Budgetdebatte offensichtlich in der Hoffnung, dass das Parlament neben der Ludothek auch die un-

«Kein Spielzeugverleih mehr.»

entgeltliche Rechtsauskunft abschaffen und Kürzungen im Bildungswesen akzeptieren würde, was die bürgerliche Mehrheit dann auch tat.

Wie auf der Webseite der Stadt bisher schön beschrieben, war die Ludothek der «öffentliche Spielzeugverleih Wädenswil», der für alle Altersstufen gutes Spielzeug und über 800 Spiele anbot. Gegen eine bescheidene Gebühr konnten Puppen, Spielzeugautos und andere Kindersachen für vier Wochen ausgeliehen werden. Abgesehen von der guten Sache für Leute, die ihren Kindern nicht immer neue Spielzeuge kaufen können oder wollen, darf man etwas nicht vergessen: Viele Eltern brachten die ausgedienten Spielsachen ihrer Sprösslinge in die Ludothek, wo sie weiterlebten und anderen Freude bereiteten, statt dass diese im Abfall landeten. ■

NEU IM GEMEINDERAT: JUDITH FÜRST

Sie ist dabei

THOMAS HARTMANN, SOI-REDAKTION

Letztes Jahr konnte die SP Wädenswil fünf neue Mitglieder begrüßen. Eines davon ist Judith Fürst. Wir möchten sie kurz vorstellen.

Gefragt, womit sie ihren Tag beginne, nennt sie eine Tasse Kaffee und die Tageszeitung. Sie brauche das, um aufzuwachen. Vorher schlage jeder Versuch zu einem Gespräch fehl.

Judith Fürst wohnt mit ihrem Mann in der Au, wo ihr vor allem das Naherholungsgebiet mit Feldern, Wald und dem See gut gefällt. Sie schätzt die Nähe zu Zürich, wo sie aufgewachsen ist.

Als Sekundarlehrerin an der Oberstufenschule ist sie Klassenlehrerin einer 3. Sek B. «Die Arbeit mit den Jugendlichen erfüllt mich und macht viel Freude», gibt die Pädagogin als Motivation an.

NICHT NUR HIER WOHNEN UND ARBEITEN In ihrer Freizeit ist Judith Fürst oft mit ihren beiden Hunden unterwegs. Am liebsten spazieren sie am See. Mit ihrem Therapiehund Indy besucht sie regelmässig Bewohner einer Institution für Taubblinde in Langnau. Sie erholt sich gerne beim Malen und Lesen.

Judith Fürst wollte nicht nur in Wädenswil wohnen und arbeiten, sondern sich auch politisch engagieren. Das Politisieren hat in ihrer Familie grosse Tradition. Für sie war es naheliegend, sich der SP anzuschliessen: «Die Jugend ist unser Kapital, wir dürfen bei unseren Schulen und unseren Kindern nicht sparen.» Es gebe hier eigentlich nur eine Partei, die diese Aussage mache und auch lebe, meint die junge Lehrerin. Als Gemeinderätin setzt sie sich nicht nur für die Bildung ein. Sie möchte eine Stadt, die für alle attraktiv und lebenswert ist. Darum will sie noch mehr junge Menschen für die Politik interessieren. ■

12.02.2017

Abstimmen

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN:



JA zur erleichterten Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration



NEIN zur Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF)



NEIN zum Unternehmenssteuerreformgesetz III

KANTONALE VORLAGEN:

Keine Vorlagen

KOMMUNALE VORLAGEN:

Keine Vorlagen

Das muss auch noch gesagt werden



Sparerer ausgebremst

Nach der ernüchternden Budgetsitzung des Gemeinderates am Tag vorher (siehe Seite 2), mobilisierte der eine und die andere Freunde und Verwandte zur Budgetgemeindeversammlung der OSW, um wenigstens an der Sekundarschule weitere Schritte in Richtung Bildungsabbau zu verhindern. Die Befürchtungen erwiesen sich jedoch als gegenstandslos. Adrian Schoch (Grüne) leitete zielstrebig durch die Versammlung

und die zwei Anträge, welche allenfalls zu Diskussionen Anlass gegeben hätten, wurden ohne grossen Widerstand angenommen. Das waren einerseits die Zahlungen an die Stadt Wädenswil, um die Zinskosten für das neue Oberstufenschulhaus längerfristig zu reduzieren. Und als zweites stand der Antrag für eine Reduktion des Steuerfusses um 1 Prozent zur Diskussion. Die bürgerliche «Phalanx», die erwartet worden war, um eine Senkung um 2 Prozent zu erreichen, war von Beginn an auf verlorenem Posten. Bleibt zu hoffen, dass auch der Stadt- und Gemeinderat bis zur nächsten Budgetsitzung einsieht, dass es kurzfristig ist, bei der Bildung zu sparen. Und es ist ja durchaus denkbar, dass immer mehr Stimmberechtigte dies ebenso sehen und anlässlich der Wahlen dafür sorgen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat in diese Richtung verschieben. (HR) ■



Kategorie unnötige Anfragen

Die SVP macht sich Sorgen, dass sich in Wädenswil Muslime radikalieren könnten. In einer schriftlichen Anfrage wollte sie vom Stadtrat wissen, wie er das verhindern will. Die Anfrage zielte auf den Türkisch-Islamischen Kulturverein. Nun will es der Zufall, dass dessen Vizepräsident Volkan Dogu ist. Er sitzt für die – durchaus gemässigte – CVP im Wädenswiler Gemeinderat und

ist dort nie durch Hassvoten aufgefallen... Ein vertrauensvolles Gespräch unter GemeinderatskollegInnen wäre der näherliegende und radikal schnellere, effizientere und billigere Weg gewesen, um herauszufinden: bezüglich des besagten Vereins gibt es keinen Grund zur Sorge. (HjSch) ■

Sparbarisches Sparen?

Sinnlos sind viele kantonale Sparmassnahmen, da sie entweder eine Kostenverlagerung zu den Gemeinden und zum Mittelstand bewirken oder einen Abbau des Service Public verursachen. Den Vogel abgeschossen hat der Regierungsrat mit dem Schiffszuschlag, der auch für Querfahrten, also für eigentliche Pendlerschiffe gilt. Diese Massnahme verursacht Einnahmehausfälle von 250'000 Franken durch wegfallende Bundesbeiträge. Würde der Kanton auf den Schiffszuschlag für Querfahrten verzichten, könnte nicht nur das Portemonnaie der Schiffspendler geschont werden, sondern auch die Kasse des Kantons, der dadurch rund eine Viertelmillion mehr einnehmen könnte. (JE) ■



Sie haben einen «Keine Werbung»-Kleber am Briefkasten und trotzdem landet ein «So!» darin. Eine Unverschämtheit? Nein. Wir halten uns an das Postgesetz: «Sendungen von Behörden und öffentlichen Verwaltungen, amtliche Publikationsorgane, sowie Sendungen von politischen Parteien und überparteilichen Komitees, sofern diese in einem Zusammenhang mit bevorstehenden Wahlen und Abstimmungen stehen, werden in alle Briefkästen verteilt.» Wir bitten um Verständnis. (Redaktion) ■

SP

- Ich will mehr über die SP erfahren
- Ich möchte der SP beitreten
- Senden Sie mir Informationen über folgendes Thema:

Name

Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

SP Wädenswil, 8820 Wädenswil
vorstand@spwaedenswil.ch



So! Nr. 1, Januar 2017

Die SP Wädenswil informiert

SP Wädenswil, 8820 Wädenswil
Konto Postfinance: 80-43003-3,
IBAN CH35 0900 0000 8004 3003 3
Erscheint 3 – 4 mal jährlich, Auflage: 9600 Ex.
Preis: Abonnement Fr. 12.–,
Unterstützungs-Abonnement: Fr. 25.–
Redaktion: Thomas Hartmann (Leitung).
Bea Gmür, Christian Gross, Urs Keller
so@spwaedenswil.ch, www.spwaedenswil.ch

Layout und Produktion: Schuwey! Wädenswil
Bilder: Urs Keller
Druck: Horizonte Druckzentrum, Thalwil
Klimaneutral gedruckt auf FSC-Papier